



Kleine Anfrage

der Abgeordneten Caroline Schwarz (CDU)

und

Antwort

der Landesregierung - Innenminister

Nutzung der Kaserne "Auf der Freiheit" in Schleswig für Marineinfanterie-Einheiten

Vorbemerkung der Fragestellerin:

In den Schleswiger Nachrichten vom 18. Juli 2002 schlug ein schleswig-holsteinischer SPD-Bundestagsabgeordneter vor, neben Eckernförde und List/Sylt auch die freiwerdende Kaserne „Auf der Freiheit“ mit zwei bis drei Kompanien einer Marine-Spezialeinheit für Krisen- und Antiterrorereinsätze zu belegen. Als Begründung führte der Abgeordnete an, dass die Kaserne „Auf der Freiheit“ als Standort für eine solche Spezialeinheit hervorragend geeignet sei aufgrund der vielfältigen Übungsmöglichkeiten im Bereich sämtlicher Küstenoperationen und Schiffs- und Hafenoperationen sowie der Nähe Jagels als einen der größten Militärflugplätze Europas.

1. Wie bewertet die Landesregierung diesen Vorschlag des Bundestagsabgeordneten, der nach dessen Aussage auch vom Generalinspekteur Harald Kujat und dem militärischen Führungsrat getragen wird?

Antwort:

Die Landesregierung begrüßt jeden Vorschlag für die Neustationierung von Bun-

deswehreinheiten in Schleswig-Holstein.

2. Hält die Landesregierung ebenfalls die Kaserne „Auf der Freiheit“ aufgrund der lokalen Gegebenheiten für hervorragend geeignet, Marineinfanterie-Einheiten aufzunehmen?
3. Hält die Landesregierung es für realistisch und wirtschaftlich vertretbar, die geplante Marine-Spezialeinheit auf drei Standorte zu verteilen?

Antwort zu den Fragen 2 und 3:

Die Beurteilung, ob Standorte unter Berücksichtigung verschiedener Gesichtspunkte für Bundeswehreinheiten geeignet sind, ist eine Angelegenheit des Bundes.

4. Wird die Landesregierung den gemachten Vorschlag unterstützen? Wenn ja, in welcher Weise bzw. mit welchen Maßnahmen?

Antwort:

Die Landesregierung unterstützt Kommunen, die als Standort für Bundeswehreinrichtungen in Betracht kommen und sich um eine entsprechende Entscheidung des Bundes bemühen. Die Landesregierung wird sich bei der Bundesregierung für eine Stationierung der „Spezialisierten Kräfte der Marine“ in Schleswig-Holstein einsetzen.